

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Notkredit: Ein handlungsfähiger Staat ist die Voraussetzung für Zusammenhalt in Krisenzeiten
- Brandanschlag in Mölln vor 30 Jahren: Die Wunde ist nicht verheilt
- Absturz der Grundschulleistungen
- Wärmenetze – Rückgrat einer bezahlbaren Wärmeversorgung
- Gewalt gegen Frauen geht uns alle an

Notkredit

Ein handlungsfähiger Staat ist die Voraussetzung für Zusammenhalt in Krisenzeiten!

Bund und Länder haben in den letzten Wochen bewiesen, dass wir in Zeiten multipler Krisen handlungsfähig sind. Ein handlungsfähiger Staat ist die Voraussetzung für Zusammenhalt in Krisenzeiten. Daher haben wir gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen und dem SSW einem Antrag (Drs. 20/431) eingebracht, in dem wir das Land in die Lage versetzen, mittels Notkredit Geflüchteten Schutz zu bieten, die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine abzufedern und den Weg zur Energieunabhängigkeit zu beschleunigen. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Die Gaspreisbremse, die jetzt schon ab dem 1. Januar greift, die Erhöhung des Wohngelds und die Einführung eines 49-Euro-Tickets sind wichtige Beiträge zur Entlastung der Menschen in Schleswig-Holstein. Die notwendige Reform des Bürgergelds ist ein weiterer wichtiger Schritt, ebenso wie die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Wir zeigen, dass Politik und Staat handlungsfähig sind und in Zeiten der Krise niemanden alleine lassen.

Als SPD haben wir sehr früh gesagt, dass auch das Land in dieser Situation für unsere Gesellschaft und Wirtschaft Verantwortung trägt und selbst aktiv werden muss. Das Land muss Entlastungsmaßnahmen im eigenen Verantwortungsbereich finanzieren. Das Land muss in der Arbeitsteilung mit dem Bund für die Umsetzung der Wohngeldreform sorgen. Das Land muss die Kapazitäten im ÖPNV erhöhen, um das 49 Euro Ticket zum Erfolg zu führen. Das Land muss in der Lage sein, zusammen mit den Kommunen die Aufnahme und Unterbringung der vielen ukrainischen Geflüchteten in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Deshalb stimmen wir dem Notkredit für die Finanzierung dieser Entlastungen zu.



„Als SPD haben wir sehr früh gesagt, dass auch das Land in dieser Situation für unsere Gesellschaft und Wirtschaft Verantwortung trägt und selbst aktiv werden muss!“

Wir halten es für ein gutes Zeichen, dass an dieser Stelle eine Verständigung gesucht wurde. Und, dass auch die Punkte, die der SPD besonders wichtig waren, und für die wir uns seit Juni stark machen, Teil des Pakets sind. Uns ging es immer besonders darum:

- Dass wir die Kommunen bei der Bearbeitung der vielen zusätzlichen Wohngeldanträge unterstützen.
- Dass wir mehr Wohnungsbau in den Kommunen ermöglichen – auch durch neue kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Damit finden auch Menschen ein Zuhause, die am freien Wohnungsmarkt kaum Chancen haben.
- Dass wir auch Wohngeldempfängern ermöglichen, von der Klima-Förderung des Landes zu profitieren, indem wir eine Art Sozialstaffel einführen.
- Und dass wir mit zusätzlichem Geld Härtefälle und Menschen, die durch Raster fallen, extra unterstützen können. Dazu gehören für uns beispielsweise auch kostenfreie Kitaessen.

Das sind die Punkte, die für uns im vorliegenden Notkredit enthalten sein mussten. Unsere Zustimmung heißt nicht, dass wir die Politik der Landesregierung in Gänze teilen oder einen eigenen Notkredit genauso strukturiert hätten. Tatsächlich würden wir das Land ganz anders regieren. Wir hätten den Neukredit und die Unterstützungsmaßnahmen deutlich früher auf den Weg gebracht. Dadurch wären wir bei der Organisation des Wohngelds, bei den Kitaentlastungen usw. schon viel weiter. Wo wir uns allerdings einig sind, ist, dass wir in der aktuellen Krise nicht den Rotstift im Landeshaushalt ansetzen sollten. Deshalb befürwortet die SPD die Kreditaufnahme.“

Gedenken an den Brandanschlag in Mölln vor 30 Jahren

Die Wunde ist nicht verheilt!

Auch der 30. Jahrestag des rassistisch motivierten Mordanschlags auf ein Wohnhaus in Mölln am 23.11.1992 war Thema der letzten Landtagsitzung. Dazu erklärt die Sprecherin für Integration und Flüchtlinge der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Bahide Arslan, Ayse Yilmaz, Yeliz Arslan starben am 23.11.1992 bei einem rassistischen Brandanschlag in Mölln. Heute wollen wir ihrer gemeinsam mit ihren Familienangehörigen gedenken. Heute wollen wir ein klares Signal aus diesem Parlament senden – wir stehen solidarisch an Ihrer Seite! Auch nach 30 Jahren sind die Trauer und die Wut der Angehörigen immer noch deutlich zu spüren. Denn die Wunde ist nicht verheilt! Sie kann nicht heilen – solange Rassismus Menschen in Deutschland tötet! In Deutschland nehmen Rassismus, Intoleranz und rechtsextremes Gedankengut wieder zu. Im letzten Jahr gab es so viele rassistisch motivierte Brandanschläge wie nie zuvor!



Es ist schon lange bekannt, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft auftauchen, sondern in allen Teilen der Gesellschaft zu finden sind – ob im Bildungsbereich, in der Arbeitswelt oder im täglichen Zusammenleben.

„Im letzten Jahr gab es so viele rassistisch motivierte Brandanschläge wie nie zuvor!“

Rassistinnen und Rassisten sind Feinde der Demokratie. Sie lehnen demokratische Werte ab. Daher ist es die Pflicht und die Aufgabe aller Demokrat*innen nicht nur heute, sondern jeden Tag, dem Rassismus den Kampf anzusagen!

Der Mordanschlag am 23.11.1992 kam nicht aus heiterem Himmel, sondern war ein menschenverachtender Ausbruch der aufgeheizten Stimmung dieser Zeit. Den vielen diskriminierenden und rassistischen Worten vor der Tat folgten diese heimtückischen Morde. Daher dürfen wir nicht nachlassen und müssen wachsam sein bei jeder Form von Diskriminierung und Rassismus und diesen laut, scharf und bestimmt entgegenzutreten.“

Absturz der Grundschulleistungen

Inklusion und Vielfalt sind keine Schwäche!

Bereits zum dritten Mal wurden zentrale Kompetenzen am Ende der 4. Jahrgangsstufe in Deutsch und Mathematik bundesweit verglichen. Hierbei ließ sich besonders in Schleswig-Holstein ein Rückgang der Leistungen beobachten. Daher hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen der FDP und des SSW die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 20/345) dazu aufgefordert, einen „mündlichen Bericht zum „IQB-Bildungstrend 2021“ abzugeben. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:



„Januar 2022: Schleswig-Holstein beklagt hohe Zahlen bei den Schulabgänger*innen ohne Abschluss. Als Grund dafür fällt der Bildungsministerin zunächst die Inklusion ein. Michaela Pries, die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, schaltet sich ein und bezeichnet diesen Erklärungsansatz ihrer Parteifreundin als „schwierig“. Aus der Statistik lasse sich nicht ableiten, dass Inklusion gescheitert sei, sagt Prof. Friederike Zimmermann von der Christian-Albrechts-Universität.

„Pries, befragt nach Gründen für das Desaster, nennt: Fortschreitende Inklusion und Schüler*innen mit Migrationshintergrund.“

Oktober 2022: Beim dritten bundesweiten IQB-Vergleich am Ende der 4. Jahrgangsstufe in Deutsch und Mathematik ging es in Schleswig-Holstein in allen Bereichen bergab, in der Orthografie und in Mathematik sogar deutlich stärker als im Bundesschnitt.

Erfolge beim Lesen zwischen 2011 und 2016 wurden 2016 bis 2021 wieder eingebüßt. 21,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreichen in Mathematik den Mindeststandard nicht. Auf den ersten Blick mag trösten, dass das nah

beim Bundesschnitt von 21,8 Prozent liegt, aber: Wir kommen von 13,2 Prozent 2016. Und: In sechs Bundesländern haben sich die sozialen Ungleichheiten signifikant verstärkt. Darunter: Schleswig-Holstein. Karin Prien, befragt nach Gründen für das Desaster, nennt: Fortschreitende Inklusion und Schüler*innen mit Migrationshintergrund.

Es ist pädagogisch falsch, aber auch inhaltlich. Hamburg mit vergleichbaren Zahlen in der Inklusion ist einer der wenigen Hoffnungsschimmer dieser IQB-Studie. Schleswig-Holstein mit steigender Exklusionsquote in der Regierungszeit Günther/Prien ist das Gegenteil. Unsere Bildungsministerin unterstellt, dass das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung einen negativen Einfluss auf das Leistungsniveau insgesamt habe. Damit macht sie mit der Inklusion Politik, bzw. gegen die Inklusion. „Inklusion ist politischer Konsens gewesen“, sagte Frau Prien im Bildungsausschuss. Ist gewesen – Zeitform Perfekt, vollendete Gegenwart. Für hoffentlich große Teile der Fraktionen im Landeshaus ist das noch immer Konsens.

Und dann sind da noch die Ausländer, die, wie auch die Menschen mit Behinderung, nicht zum ersten Mal als Sündenbock herhalten müssen. Gucken wir mal auf die Zahlen: 28,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein haben einen Migrationshintergrund, niedrigere Werte haben nur die ostdeutschen Bundesländer.

Ja, unsere Grundschulen sind in einer Krise. Aber das liegt nicht an der Inklusion und nicht an Schüler*innen mit Migrationshintergrund. Eher liegt es an der Umsetzung der Inklusion durch die zuständige Ministerin und die Zurverfügung-Stellung notwendiger DAZ-Ressourcen!“

Wärmenetze – Rückgrat einer bezahlbaren Wärmeversorgung

Dem Bekenntnis zum Ausbau der Wärmenetze müssen endlich Taten folgen!

Ein Fünftel aller CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein entsteht durch die Erzeugung von Wärme für Haushalte und Industrie. Die Abhängigkeit von Gas und Öl ist in diesem Bereich besonders groß. Der Umstieg auf klimaneutrale Wärme stellt viele Haushalte vor eine große Herausforderung, oft vor eine unlösbare Aufgabe. Der Ausbau gemeinschaftlicher Infrastrukturen ist ein Schlüssel für eine sozial gerechte und nachhaltige Neuausrichtung der Wärmeversorgung und sollte daher vom Land forciert werden. Mit unserem Antrag (Drs. 20/381) fordern wir die Landesregierung zum Handeln auf. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Wir haben in Schleswig-Holstein ungefähr 1,4 Millionen Haushalte. Davon wurden 2019 noch etwas mehr als 700.000 mit Gas beheizt und 300.000 mit Öl. Das sind insgesamt mehr als 1 Millionen Haushalte, die hier in Schleswig-Holstein immer noch mit Gas und Öl heizen und in den nächsten Jahren auf klimaneutrale Wärme umsteigen müssen! Diese Zahl verdeutlicht, wie kurz die gesamte Wärmestrategie der Landesregierung und der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Selbstlob-Antrag springen. Glauben CDU und Grüne wirklich, dass die Förderung von 10.000 Wärmepumpen – denn für mehr reicht ihr Programm nicht – die Antwort ist? Oder glaubt diese Landesregierung, dass die von ihr vorgeschlagene Miniförderung für Hausanschlüsse an neue Wärmenetze – die ja erstmal gebaut werden müssen – eine ernsthafte Antwort sein kann?“



Die Lösung muss so groß wie das Problem sein! Die Energiekrise kann nicht mit Kleinmut gelöst werden. Wir brauchen den Willen zur Gestaltung. Hier lohnt sich mal wieder der Blick nach Dänemark! Die Dänen haben sich bereits nach der ersten Ölkrise 1973 für den Aufbau von Wärmenetzen entschieden. Dort sind heute mehr als 65% der Haushalte an ein Wärmenetz angeschlossen. Dadurch ist die Wärmewende viel einfacher. Kommunen wie Esbjerg oder Sonderburg ersetzen jetzt einfach die Kohle- und Gaskraftwerke durch Meerwasserwärmepumpen, industrielle Abwärme, Biomasse oder andere saubere Energiequellen. Auf einen Schlag ist damit die Wärmeversorgung aller angeschlossenen Haushalte klimaneutral. Dänemark wird auf dieser Basis bis 2030 eine komplett klimaneutrale Wärmeversorgung erreichen. Das ist bemerkenswert.

„Die Energiekrise kann nicht mit Kleinmut gelöst werden!“

Wir haben bei der Frage der strategischen Bedeutung von Wärmenetzen kein Erkenntnis- oder Bekenntnisproblem. Auch die Landesregierung nicht. Wir haben ein Umsetzungsproblem. Es ist offensichtlich, dass diese Landesregierung – obwohl ihr die Bedeutung von Wärmenetzen als strategische Infrastruktur bewusst ist – keinen Plan oder Willen hat, dem Bekenntnis auch Taten folgen zu lassen. Ihre Wärmestrategie beschränkt sich auf ein paar dürre Gesetzeszeilen, die die Verantwortung für die Wärmewende auf die Kommunen abschieben. Unser Antrag beschreibt, was es jetzt wirklich braucht. Der Aufbau von Wärmenetzen ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der nächsten 20 Jahre.“

Gewalt gegen Frauen entschieden entgegenzutreten

Gewalt gegen Frauen geht uns alle an!

Anlässlich des internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen haben wir als SPD einen Antrag (Drs. 20/382) in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht. In diesem Antrag fordern wir jeglicher Gewalt gegenüber Frauen entschlossen entgegen zu treten und die Istanbul-Konvention konsequent umzusetzen. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, das Angebot für hilfebedürftige Frauen und deren Kinder flächendeckend und bedarfsgerecht auszugestalten sowie auskömmlich zu finanzieren. Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies, erklärte im Parlament:

„Sieben Frauen sind in Schleswig-Holstein im Jahr 2022 bisher getötet worden. In Husum und Rendsburg, in Lübeck und Elmshorn, in Heide, Tornesch und Bad Schwartau ist in diesem Jahr deutlich geworden: Gewalt gegen Frauen geht uns alle an! Auch in den letzten Jahren sah es nicht besser aus: Drei Frauen starben im Jahr 2021, vier Frauen im Jahr 2020 und sogar neun Frauen in 2019. Sie starben, weil sie Frauen waren, und weil sie als Frauen ein selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben führen wollten. An jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner bzw. Ex-Partner getötet. Und die Zahlen steigen! Unfassbar! Unerträglich! Und nicht hinzunehmen!

„An jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner bzw. Ex-Partner getötet!“



Europarat hat deshalb 2011 das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die Istanbul-Konvention verabschiedet, die die Bundesrepublik in 2018 ratifiziert hat. Seitdem sind alle staatlichen Ebenen verpflichtet, angemessene finanzielle und personelle Mittel für Maßnahmen und Programme zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt zur Verfügung zu stellen.

In Schleswig-Holstein ist eine Menge passiert. Unsere Frauenhausfinanzierung ist bundesweit vorbildlich. Die Bedarfsanalyse hat gezeigt, dass wir gute Strukturen haben – nur nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne ausreichende finanzielle Unterstützung. Wir benötigen insgesamt mehr Frauenhausplätze, denn immer noch müssen Frauen und ihre Kinder abgewiesen werden. Wir brauchen auch mehr Prävention, mehr Beratungsangebote im ganzen Land, Hilfsangebote für die Täter, und wir brauchen andere Regelungen beim Umgangsrecht. Mehr Prävention ersetzt keine Schutzplätze! Jeden Tag werden in unseren Frauenhäusern Hilfesuchende weggeschickt. Das ist ein Zustand, den wir nicht hinnehmen sollten und auch nicht hinnehmen dürfen! Frauenhäuser sind unverzichtbare Anlaufstellen für Frauen und ihre Kinder, die vor häuslicher Gewalt fliehen müssen. Umso wichtiger ist es, dass überall im Land genügend Plätze in einem bedarfsgerechten und zeitgemäßen Zustand vorhanden sind!“

SPD FRAKTION SCHLESWIG- HOLSTEIN

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger
Layout: Dejan Petrovic

Postfach 7121, 24171 Kiel